

## «Gleiche Chancen»



**Fabian Freimann**  
von der SP  
kandidiert für  
den Nationalrat

Der Chamer Fabian Freimann will nach Bern und kandidiert für den Nationalrat.

*Fabian Freimann, weshalb haben Sie sich für eine Kandidatur als Nationalrat entschieden?*

**Fabian Freimann:** In erster Linie geht es mir bei meiner Kandidatur darum, soziale Anliegen zu unterstützen. Es ist wichtig, dass der Kanton Zug überhaupt wieder zu einem linken Sitz in Bern kommt. Leider ist Zug bürgerlich dominiert. Vielleicht lässt sich das in Zukunft ändern.

*Was sind Ihre drei wichtigsten Themen, für die Sie sich im Nationalrat einsetzen würden?*

**Freimann:** Wichtig sind mir bezahlbarer Wohnraum im Kanton Zug, die Sanierung und Funktionstüchtigkeit der Schweizer Sozialwerke. Als drittes Thema möchte ich das Stichwort Fairness anbringen. Ich meine damit

**National- und Ständeratswahlen**  
18. Oktober 2015



gleiche Chancen für alle – etwa die tatsächliche Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern oder zwischen schweizerischen und ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

*Zug stellt drei Nationalräte, und alle kandidieren wieder. Wie beurteilen Sie Ihre Wahlchancen?*

**Freimann:** Ich glaube daran, dass für unsere Kandidierenden reale Chancen bestehen, es in den Nationalrat zu schaffen. Dafür will ich alles tun und beitragen. Es geht mir nicht nur um Personen, sondern um die Anliegen, die unsere Kandidierenden in Bern vertreten werden.

*Weshalb sollen die Zuger ausgerechnet Sie wählen?*

**Freimann:** Ich habe Feuer, bin motiviert, ehrgeizig und verfüge über einen ausgeprägten Gerechtigkeits-sinn. Ich meine, dass diese Eigenschaften in der Politik wichtig sind. Damit man sich voll einsetzt und mit Herzblut dabei ist.

### PERSÖNLICH

Fabian Freimann (30) ist ledig. Er wohnt in Cham und ist als Sportwissenschaftler, Trainer und Sportlehrer tätig. Er engagiert sich im Vorstand der SP Cham.

## ANLÄSSE

### Unterstützung fürs Zentrum Elisabeth

**ZUG/WALCHWIL** red. Die drei Zuger Lions Clubs unterstützen den Anbau des Zentrums Elisabeth mit der öffentlichen Benefiz-Veranstaltung mit musikalischer Unterhaltung am Samstag, 29. August, ab 10 Uhr auf dem Bundesplatz in Zug. Das Zentrum Elisabeth in Walchwil wurde 1998 als Erholungs- und Ferienhaus für chronisch-neurologisch Erkrankte, insbesondere Multiple-Sklerose-Betroffene und ihre Angehörigen, eröffnet. Ein neuer Anbau soll nun die Möglichkeit für ganzjährige Aufenthalte eröffnen.

# Der FDP ist jedes Mittel recht

**KANTON Sperrkonto oder Standesinitiativen – wenn es um den Nationalen Finanzausgleich geht, dann blasen die bürgerlichen Parteien zum Angriff. Aber reicht es für Mehrheiten im Kantonsrat?**

FREDDY TRÜTSCH  
freddy.truetsch@zugerzeitung.ch

Drei Vorstösse zum Thema Nationaler Finanzausgleich (NFA) berät der Kantonsrat morgen Donnerstag an seiner Sitzung. Die FDP beantragt, dass ein Teil des NFA-Beitrages auf ein Sperrkonto einbezahlt wird, und sorgte damit für schweizerische Schlagzeilen. Die CVP will mit einer Standesinitiative erreichen, dass die Gewinne der juristischen Personen mit Faktor 0,7 in der ausreichenden Steuerbemessungsgrundlage gewichtet werden. Und schliesslich geht es in einer Motion und einem Postulat von Daniel Stadlin

(Grünliberale, Zug) um eine Standesinitiative zur Einführung eines Beschwerderechts der Kantone vor Bundesgericht im Bereich des nationalen Ressourcenausgleichs, Lastenausgleichs und Härteausgleichs. Die Regierung lehnt alle ab, zum Teil aus staatspolitischen und rechtlichen Gründen, weil die Forderungen schon erfüllt sind oder weil man schlicht eine andere Sichtweise hat. Was tut der Kantonsrat?

### FDP unterstützt alle Vorschläge

«Praktisch jedes Mittel ist uns recht, um eine Neuauhandlung des NFA erwirken zu können», bekräftigt Cornelia Stocker stellvertretend für die FDP-Fraktion die konsequente Haltung. Wie ernst es der FDP-Fraktion damit ist, zeigen die verschiedenen in den vergangenen Monaten

eingereichten Vorstösse dazu. «Daher unterstützen wir grundsätzlich sämtliche zur Debatte stehenden Vorstösse, auch wenn sie nur einen Keim Hoffnung auf eine Entlastung beinhalten.» Alle Bemühungen der Geberkantone und besonders des Kantons Zug, die NFA-Belastung auf ein erträgliches Mass zu korrigieren und insbesondere sich an die geltenden Gesetzesbeschlüsse zu halten, «stossen auf taube Ohren». Faktisch verhalte sich damit Bundesbern gesetzeswidrig. Damit würden die Nehmerkantone das Solidaritätswerk unter den Kantonen im Grundsatz gefährden. «Die FDP ist nicht mehr bereit, diese David- und Goliath-Politik mitzutragen.» Grosse Sympathien hegen die Zuger Freisinnigen für den jüngsten Vorschlag von der Schweizer FDP-Nationalrätin Petra Gös-



**«Wir unterstützen grundsätzlich alle Vorstösse.»**

CORNELIA STOCKER,  
FDP-KANTONS RÄTIN, ZUG

si, welcher auf eine Entpolitisierung des NFAs abzielt. «Bis es so weit ist, greifen wir nach jedem Strohalm, welcher nur einen Hauch Hoffnung auf Besserung in sich birgt», betont Stocker.

### Linke sind dagegen

Verbündete findet die FDP nur bei den Grünliberalen, die ebenfalls bereit sind, «alle Massnahmen, die eine Verbesserung der NFA-Situation unseres Kantons anstreben», zu unterstützen; selbst wenn sie wie die FDP-Motion etwas «grenzgängig» seien. Die SVP schliesst sich der Regierung an, und die CVP will einzig ihre Motion gegen den Willen ihres Regierungsrates Peter Heggin erheblich erklären lassen. Bei den Vorstössen von FDP und GLP liess sich die Mehrheit der CVP allerdings vom Finanzdirektor von der regierungsrätlichen Linie überzeugen, also FDP und GLP können nicht auf Hilfe zählen. Bei der Alternativen-die Grünen findet gar kein Vorstoss Gefallen. Unkoordiniert und untauglich – so lautet ihr Fazit. Die Bürgerlichen produzierten «viel heisse Luft» und wollten mit ihrem NFA-Lamento bloss vom eigenen finanzpolitischen Versagen ablenken.



Der Zuger Stadtrat passt das Tarifmodell für Krippenplätze an.  
Bild Stefan Kaiser

## Der Stadtrat passt die Krippentarife an

**KINDERKRIPPEN** Das Geld reicht nicht aus, um der Nachfrage nach Krippenplätzen in der Stadt Zug gerecht zu werden. Jetzt werden die Mittel umverteilt.

Die Kindertagesstätten in der Stadt Zug werden überrannt. Wie der Stadtrat nun meldet, reicht das vom Grossen Gemeinderat verabschiedete Budget nicht aus, um die steigende Nachfrage zu finanzieren. Der Stadtrat passt deshalb das Tarifmodell für die subventionierten Kinderkrippen per April 2016 an. «Damit will der Stadtrat sicherstellen, dass wirklich jene Familien von Subventionen profitieren, die darauf angewiesen sind», sagt die zuständige Stadträtin Vroni Straub-Müller.

Die Anzahl der Kinder zwischen 0 und 4 Jahren in der Stadt Zug sei in den letzten vier Jahren um über 11 Prozent gestiegen – während die Gesamtbevölkerung im selben Zeitraum um lediglich 5 Prozent wuchs, schreibt

der Stadtrat in seiner Mitteilung. Entsprechend gross sei der Druck auf die Kindertagesstätten.

### Obergrenze senken

Der Stadtrat will nun die massgebende Einkommensobergrenze senken. Bisher lag diese bei einem Gesamteinkommen von 175 000 Franken. Neu wird diese auf 150 000 Franken festgelegt. Das massgebende Einkommen basiert auf dem Gesamteinkommen und liegt damit deutlich höher als das steuerbare Einkommen. Neu wird ausserdem das Vermögen der Familien zur Tarifberechnung herangezogen. «Mit dem neuen Tarifmodell werden 8 bis 10 Familien keinen subventionierten Platz für ihre Kinder mehr erhalten», so Straub. Der Stadtrat sei der Meinung, die betroffenen Familien könnten den Wegfall der Subventionen verkraften, da es sich um Familien mit gutem Einkommen handle.

Die Stadt Zug unterhält mit fünf privaten Kindertagesstätten eine Leistungsvereinbarung. In der Stadt werden von privaten Trägern insgesamt 438 Betreuungsplätze angeboten. Davon werden 198 Plätze subventioniert, wobei sich

die Subventionshöhe nach dem Einkommen und Vermögen der Eltern richtet. Die Stadt Zug gibt für die Unterstützung jährlich 3 Millionen Franken aus.

Der Stadtrat hatte dem Grossen Gemeinderat eine Erhöhung des betreffenden Postens im Budget 2015 um 300 000 Franken beantragt. Mit dem zusätzlichen Geld sollten weitere Krippenplätze subventioniert werden. Das städtische Parlament allerdings lehnte diese Erhöhung ab. Hängig ist im Grossen Gemeinderat noch eine Motion der FDP-Fraktion, die die «Einführung von Betreuungsgutscheinen in der Kinderbetreuung» zum Thema hat. Der Vorstoss ist in der Sitzung vom 8. September ein Traktandum.

### «Wieder versuchen»

«Das Tarifmodell des Stadtrats gilt vorderhand, so wie es beschlossen ist», erklärt Stadträtin Vroni Straub-Müller. Zwar habe der Grosse Gemeinderat die Aufstockung des entsprechenden Budgetpostens abgelehnt, das hindere sie aber nicht daran, diesbezüglich wieder vorstellig zu werden, so Straub-Müller. «Ich werde wieder versuchen, mehr Geld für subventionierte Plätze in Tagesstätten

zu bekommen», erklärt sie. «Das Bedürfnis nach solchen Plätzen ist hoch.»

Durch die Anpassung der Einkommensobergrenze nach unten kann gemäss Mitteilung der Stadt eine Summe von rund 100 000 Franken umverteilt werden. Sie sei sich bewusst, dass eine Obergrenze von 150 000 Franken noch hoch sei. «Aber es ist richtig, diese Grenze dort zu ziehen.» Die Subventionen der Plätze in Kindertagesstätten solle für eine gute soziale Durchmischung. «Und sie kommt den Mittelstandsfamilien zugute, die sonst schon immer aus allen Subventionsbereichen fallen», sagt die Stadträtin. Mit dieser Obergrenze sei die Stadt Zug noch immer sehr grosszügig, verglichen mit anderen Städten oder Kantonen.

«Ausserdem hat die Subventionierung von Kindertagesstätten auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen», führt Vroni Straub-Müller aus. Arbeiten beide Elternteile, helfe dies der Wirtschaft und dem Standort Zug. «Es ist heute belegt, dass Investitionen in die familienergänzende Betreuung ein Mehrfaches an Rendite einbringen.»

HARRY ZIEGLER  
harry.ziegler@zugerzeitung.ch